

Betreff:

Datenschutz bei der Wohnungssuche
- Antrag der Fraktion L&P vom 25.04.2017 -

Antragstext:

In einer Erklärung des Deutschen Mieterbunds wird der Datenschutz bei der Wohnungssuche als mangelhaft eingestuft. Insbesondere wird kritisiert, dass zu weit reichende, personenbezogene Daten - auch ohne konkretes Mietinteresse - erhoben werden. Die LHW hat die Vermietung weitestgehend ihren Beteiligungen übertragen, die sich wiederum gewerblicher Zwischenmieter bedienen können, z.B. bei Studentenwohnplätzen. Mit einer einheitlichen, datenschutzkonformen Vorgehensweise wird die LHW ihrer Vorbildfunktion gerecht.

<http://www.mieterbund.de/startseite/news/article/39451-datenschutz-bei-wohnungssuche-mangelhaft.html?cHash=9caa60dd7035e7464e30da6dfd866894>

Der Beteiligungsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, welche Beteiligungen mit Vermietung befasst sind,
2. die aktuelle Praxis in den Beteiligungen darzustellen, wie bei Vermietungen mit personenbezogenen Daten umgegangen wird. Inwieweit werden Angaben verlangt wie
 - a. Selbstauskünfte ohne Mietinteresse an einem konkreten Angebot
 - b. Kontaktdaten aus vorangegangenen Mietverhältnissen
 - c. Familienstand, Geburtstag, Verwandtschaftsverhältnis der zum Haushalt gehörenden Kinder und sonstiger Angehöriger
 - d. Dauer der beruflichen Beschäftigung
 - e. „Schufa“-/Selbstauskunft oder ähnliche Bonitätsauskunft
 - f. Kopie des Personalausweises,
3. zu berichten, inwieweit eine Abstimmung mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten und der Konzernrevision stattgefunden hat,
4. nötigenfalls eine einheitliche, datenschutzkonforme Vorgehensweise zu erarbeiten.

Wiesbaden, 25.04.2017

gez. Jörg Sobek
Stadtverordneter

f.d.R. Bernd Fachinger
Fraktionsassistent